

19 MÄRZ 2014

Thüringer Allgemeine

Thüringische Landeszeitung

Leserbrief

Seit Anfang dieses Jahres berät der Thüringer Landtag ein neues Antikorruptionsgesetz. Thüringen will damit den Kampf gegen die Korruption im öffentlichen Dienst verschärfen, unterstützt durch den Gemeinde- und Städtebund.

Eisenach spielt bekanntlich, was Korruptionsvorwürfe und -verfahren betrifft, keine rühmliche Rolle in unserem Bundesland. Mit dem Vorsatz, den Korruptionsfilz auszumerzen, hat einst OB Wolf ihr Amt angetreten. Inzwischen ist erkennbar, dass es in unserer Stadt gar nicht einfach ist, Licht in das Dunkel eines jahrzehntelang gewachsenen Beziehungsgeflechts zu bringen und dass es erheblicher Energien und eines Durchhaltevermögens bei der Lösung von Konflikten bedarf.

Wichtig erscheint mir in einem solchen Prozess, dass mit umfassender Transparenz und offener, ehrlicher Kommunikation der lokalen Probleme und Fehlentwicklungen die Politik die Bürger wieder erreicht und schließlich zur Mitarbeit gewinnt.

Erst kürzlich gab es Irritationen und Verstimmungen in der Öffentlichkeit hinsichtlich der Bekanntgabe der Ergebnisse des von Stadtrat eingesetzten Akteneinsichtsausschusses, der lückenlos das Netzwerk der dubiosen Geschäfte des einstigen Beigeordneten und CDU-Spitzenpolitikers Chr. Köckert mit der Firma Juwi aufklären sollte. Zunächst waren wohl die im Ausschuss vertretenen Parteien des Stadtrates mit dieser Zielsetzung einverstanden, die Mitarbeit in dem Gremium gestaltete sich jedoch schleppend und war ungenügend. Dass der vom Vorsitzenden des Ausschusses O. Pfeffer/FDP erarbeitete Abschlussbericht anscheinend als unbequem für die CDU- und SPD-Faktionen angesehen wurde, hatte zur Folge, dass man ihn weitestgehend ignorierte und kritisierte. Der Abgeordnete G. Schneider/CDU hält den Bericht für überarbeitungsbedürftig, allerdings sagte er nicht, in welchen Punkten. Soll der Bericht entschärft oder noch durch weitere Details der skandalösen Vorgänge ergänzt werden? Merkwürdigerweise schwiegen die Grünen und die Linken dezent und verwiesen auf den nichtöffentlichen Teil der Stadtratssitzung, obwohl diese Vorgänge alle Bürger angehen. Es gehört sich außerdem, die Arbeit eines Ausschussvorsitzenden zu würdigen (er ist inzwischen von dieser Tätigkeit aus Protest gegen die Verfahrensweise zurückgetreten!) und den Bericht im Stadtparlament zur

Diskussion zu stellen. Zum Glück können die Bürger den sachlichen und sehr aufschlussreichen Bericht, u.a. zur Rolle von Ex-Oberbürgermeister Doht, im Internet der TLZ nachlesen und daraus eigene Schlüsse ziehen. Hier liegt der Verdacht nahe, dass einige Leute offenbar Schwierigkeiten mit der Wahrheitsfindung haben und durch Ignoranz und Blockade fehlendes Demokratieverständnis erkennen lassen.

Ähnliche Verhaltensweisen konnte man bei der letzten Stadtratssitzung auch bezüglich eines Beschlussvorschlages der Bürgerinitiative gegen ein EKZ in der Bahnhofstraße konstatieren. So wurde in dieser Sitzung nicht erwähnt, dass die BI von der OB den Auftrag erhielt, einen Beschlussvorschlag zu erarbeiten, der sich eindeutig gegen ein EKZ ausspricht. Dieser Vorschlag war sowohl der Stadtspitze als auch den Fraktionen bekannt. Dennoch wurde dessen Wortlaut incl. Begründung weder verlesen noch diskutiert. Ein Vergleich mit dem vom Stadtentwicklungsausschuss erstellten Beschlussvorschlag wäre als Diskussionsgrundlage notwendig gewesen. Die zahlreich erschienenen Bürger verließen schließlich ratlos die Ratssitzung, zumal Herr Pfeffer/FDP, Herr Levknecht/SPD und Herr Hofmann/Eisenacher Aufbruch vergeblich versucht hatten, den Beschlussvorschlag der BI dem Stadtparlament zu erläutern. Die unwahre Behauptung von Bürgermeister Ludwig, die BI sei gegen jeden Einzelhandel an der unbebauten Seite der Bahnhofstraße sowie die von Herrn Lieske/BfE, die Mitglieder der BI agierten aus purem Eigennutz, soll hier nicht unerwähnt bleiben. Aus eigener Betroffenheit zu reagieren ist legitim.

8000 Unterschriften und alle fachlich begründeten Argumente und Veranstaltungen der BI unwidersprochen in Frage zu stellen und auf Eigennutz zu reduzieren, ist ein Affront gegen bürgerschaftliches Engagement. In Eisenach wird damit noch immer nach altem Muster Politik gemacht.

„Die Rekonstruktion der gesellschaftlichen Zusammenhänge steht auf der Tagesordnung“, so Geschäftsführer der WAZ-Zeitungsgruppe Hombach zur Rolle des Lokaljournalismus. In diesem Prozess sollen nach seiner Meinung die Journalisten vor Ort „Wächter, Kritiker und Enthüller“ sein. Die Demokratie braucht die Freie Presse, sie ist das Regulativ im politischen Leben gegen „fehlende Kommunikation, Hinterzimmer-Demokratie, mangelnde Transparenz, Entfremdung zwischen Zivilgesellschaft und politischem System“.

Und dies gilt besonders, aber nicht nur, vor Wahlen.

Ingrid Pfeiffer, Eisenach